

Andreas Johannes Albertus Berchtold
Gerberstrasse 12
42105 Wuppertal
Per Einschreiben

Verwaltungsgericht Düsseldorf
Bastionstraße 39
40213 Düsseldorf

Datum: 09. Juni 17

Aktenzeichen: 18 K 6966/17 und 18 L 1869/17: Meine Stellungnahme zum Schreiben der vorsätzlich Justiz vergewaltigen wollenden (Versuch der zusätzlichen Schadenszufügung um des Schadens willen, zudem bloße Schutzbehauptung) und vorsätzlich das Veterinäramt Solingen vergewaltigenden Sachbearbeiterin vom 12. Mai 17 mit dem von Ihr als Anlage zugefügten Schreiben, der BGB §226, den GG Artikel 20, die Behörden, den gesunden Menschenverstand, die Menschenrechte und das Völkerrecht, das Volk, mich verhöhrend beleidigenden und verleumderischen absurden Strafanzeige/Strafantrag vom 05. Mai 17 gegen mich, mir vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zur Kenntnisnahme und Stellungnahme zugesendet, Briefdatum Verwaltungsgericht Düsseldorf 29. Mai 17, zugestellt 02. Juni 17

Dieser die Behörden, den gesunden Menschenverstand, Menschenrecht und Völkerrecht, Volk, mich verhöhrend beleidigenden und verleumderischen, absurden, ganz offen offensichtlich schikanieren wollenden und als Schutzbehauptung funktionieren sollenden Anzeige der so genannten Sachbearbeiterin wegen „Beleidigung“ und „Verleumdung“ und wegen **sämtlicher in Betracht kommender Delikte (wie intelligent!!!** - oder ist das der Versuch der Einleitung des Versuchs eines heimtückischen behördlichen Meuchelmord gegen mich, oder der Versuch der Einschüchterung damit? - offensichtlich lässt diese so genannte Sachbearbeiterin ihre absurde Anzeige-Angelegenheit ja vom **Solinger Stadtdienst Recht** bearbeiten) gegen mich wird meine Aussage und gleichzeitige Anzeige folgen, sobald ich von der Polizei die Mitteilung erhalte, dass diese Anzeige von der Polizei bearbeitet wird und ich damit die Aufforderung zur Aussage bekommen sollte, was bislang nicht der Fall ist.

Meine Anzeige wird in etwa diesen Betreff haben:

*Umfangreiche Aussage und Anzeige wegen des Versuchs der Vortäuschung falscher Tatsachen (somit wegen Verleumdung) und wegen Beleidigung und **sämtlicher aus den vorliegenden Dokumenten in Betracht kommender Delikte**, der BGB §226, den GG Artikel 20, die Behörden, den gesunden Menschenverstand, die Menschenrechte und das Völkerrecht, das Volk, mich verhöhrend beleidigenden und verleumderischen, absurden, ganz offen offensichtlich schikanieren wollenden und als Schutzbehauptung funktionieren sollenden Anzeige der vorsätzlich Justiz vergewaltigen wollenden (Schutzbehauptung) und vorsätzlich das Veterinäramt Solingen vergewaltigenden Sachbearbeiterin vom 05. Mai 17 gegen mich, die somit nun dasselbe tut, wie der vorsätzlich gefährdend und mehrfach falsch beschuldigende Anzeige-Erstatter das tat (Verfahren gegen mich wurde von der Staatsanwaltschaft Wuppertal bereits eingestellt) hinsichtlich des nicht durch mich und nicht durch Laika entstandenen aber von mir perfekt gelösten Vorkommnis am 01. Juni 16. Existieren Steigerungen für die Begriffe: Dummheit, Heimtücke, Absurdität?*

Dokumentierende Belege werden dann sein:

Meine von der so genannten Sachbearbeiterin zugrunde gelegte Verteidigung-Email von mir (plus Anhang, meine von von Polizei ignorierte Anzeige und gleichzeitig vom Amtsgericht Wuppertal ignorierte Aussage vom 15. April 17), sowie deren Mitteilungsschreiben an das Verwaltungsgericht Düsseldorf, somit hinsichtlich deren missbräuchlich, gestellter/r, der BGB §226, den GG Artikel 20, die Behörden, den gesunden Menschenverstand, die Menschenrechte und das Völkerrecht, das Volk, mich verhöhrend beleidigenden und verleumderischen, ganz offen offensichtlich schikanieren wollenden und als Schutzbehauptung funktionieren sollenden absurden Strafanzeige/Strafantrag gegen mich, denn ich habe nicht beleidigt sondern auf Fakten basierende Feststellungen gemacht und diese habe ich mit entsprechenden nicht beleidigenden Worten bewusst gemacht; des weiteren habe ich Fragen gestellt die keine Feststellungen waren um weiteres Bewusstsein zu vermitteln. Bei meiner Feststellung über die betrügerischen Vorgangsweise der Sachbearbeiterin habe ich mich nicht festgelegt auf ein Motiv der Sachbearbeiterin, derer ich gleich drei nannte und welches nicht ich zu ermitteln habe, was ich ebenfalls so darstellte. Verleumdung kann ich deshalb nicht begangen haben, weil bereits dokumentarisch belegt ist, dass die so genannte Sachbearbeiterin vorsätzlich betrügerisch (stark täuschend), somit vorsätzlich falsch beurkundend, somit vorsätzlich schikanierend vorgeht.

Zudem wird auch noch darauf hingewiesen, dass diese so genannte Sachbearbeiterin in Ihrer ersten Stellungnahme an

das Verwaltungsgericht Düsseldorf fälschend den relevanten Umstand als für das Verwaltungsgericht Düsseldorf irrelevant vorstellte, nämlich die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft Wuppertal die somit mehrfache falsche und zudem unbelegten, von mir aber analytisch und glaubhaft widersprochenen Beschuldigungen gegen mich enthaltenden Anzeige einstellen musste, hinsichtlich der hier dem Verfahren zugrunde liegenden falschen, widersprochenen Hauptbeschuldigungen hinsichtlich des auch nicht durch mich oder Laika entstandenen aber von mir vollständig perfekt (!) gelösten Vorkommnis am 01. Juni 16.

Eine vollständige Kopie meiner von der so genannten Sachbearbeiterin zugrunde gelegten Verteidigung-Email sende ich dem Verwaltungsgericht Düsseldorf in Form einer Email (PDF-Datei) zu, weil mir nicht bekannt ist ob diese so genannte Sachbearbeiterin die betreffende Email komplett oder nur Auszugsweise an das Verwaltungsgericht Düsseldorf gesendet hat und weil aus dem Schreiben der so genannten Sachbearbeiterin auch nicht hervorgeht ob sie dem Verwaltungsgericht Düsseldorf der meiner Email angehängten und damit dieser Email zugehörige Anlage zugesendet hat, eine Kopie (PDF-Datei) einer meiner von der Polizei seit 23. August 17 bislang sechs ignorierten Anzeigen die gleichzeitig vom Amtsgericht Wuppertal ignorierte Aussage ist, was somit die übliche faschistische Vorgangsweise gegen mich ist, unmissverständlich deutlich politisch angewiesen, somit Faschismus.

Ich möchte noch erwähnen, dass ich dem von mir widersprochenen perfid erlassenen, schikanieren wollenden, absurden Strafbefehl wegen "Beleidigung" gegen mich, den ich inklusive meines Widerspruchs kürzlich mit-einbringend dem Verwaltungsgericht Düsseldorf und der Bundesregierung zur Kenntnisnahme zusendete, einem guten Bekannten (ca. 35 Jahre jung) der ein paar Tage zu Besuch ist gezeigt hatte, neben der Tatsache, dass ich auch dieses vollständig absurde Dokument wegen des öffentlichen Interesse längst im Internet veröffentlicht hatte; der hat dazu diese Worte genutzt: *'fassunglos' und 'Da ist doch keine Beleidigung drin'.*

Ich machte ihm bewusst: Dieser von mir widersprochene Strafbefehl ist nichtig, denn er verfehlt seinen Zweck nur dann nicht, wenn er aufgehoben werden würde. Er ist die Behörden vergewaltigende Amts-missbrauchende Umkehrung der Realität: Ich habe Anzeige gegen Richter Amtsgericht Wuppertal wegen Unterschlagung des Grundrecht auf mündliche Anhörung und wegen Selbstjustiz und eben wegen Amtsmissbrauch erstattet, der die mündliche Anhörung unterschlug, weil ich schon vorher dokumentarisch belegte, dass klassisch Dreiecks-betrügerisch ein Mahnbescheid gegen mich erwirkt wurde, an dem die Justiz mit-betrügend mit-profitiert; meine per Dienstaufsichtsbeschwerde beantragte Gehörs-Rüge gegen diesen Richter wurde von eben diesem Richter in Selbstjustiz abgelehnt; den Vizepräsident und den Präsident des Landgericht Wuppertal zeigte ich an wegen Amtsmissbrauch, versuchter Bedrohung, wegen Beleidigung und wegen Versuch der Unterdrückung eines weiteren Grundrechtes (Freie Meinungsäußerung); der Vizepräsident des Landgericht Wuppertal stellte die Unterschlagung des Grundrecht auf mündliche Anhörung als "Versehen" dar, was im Klartext bedeutet, dass der Richter entweder mein Schreiben überflog oder gar nicht gelesen hatte (schon vorab abgekartete Sache; das war kein Justizvorgang sondern ein Justiz-krimineller Vorgang, an dem alle juristisch versierten Personen Profit herauschlagen wollten), was somit ein vorsätzlicher Fehler ist und nicht etwa ein "Versehen", zumal auch deshalb nicht, weil die Aufgabe eines Richters Ermittlung ist und nicht das Gegenteil und deshalb die Ablehnung meiner Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Richter ablehnte indem der also den Richter kriminell deckte und kriminell mich zusätzlich mit Strafrecht bedrohte, weil dessen Meinung ist, dass ich nur dann Meinung frei äußere, wenn ich mich der Kriminalität Behörde vergewaltigendem, Amts-missbrauchenden Personals unterwerfe, mich dagegen nicht verteidige und die Dinge auch nicht beim Namen nenne. Den Präsident des Landgericht Wuppertal zeigte ich an, weil der exakt genau wie der Vizepräsident vorging um damit meine Fachaufsichtsbeschwerde gegen das Amtsgericht Wuppertal abzuwürgen: Alle diese Schreiben habe ich im Zusammenhang mit meiner Aussage zu und meiner Anzeige gegen die absurde Anzeige des Richters und Vizepräsidenten wegen Beleidigung und mit meinem Widerspruch gegen den perfid erlassenen, schikanierenden, faschistischen, absurden Strafbefehl wegen des öffentlichen Interesse dokumentarisch belegend natürlich im Internet veröffentlicht, zumal schon deshalb, weil das Bundesverfassungsgericht in ähnlicher Sache mit gleichem Problem zugunsten des Beschwerdeführers entschieden hatte und weil das natürlich im öffentlichen Interesse liegt.

Mit anderen Worten: weil ich die Kriminalität vorsätzlich Behörden vergewaltigender Amtsmissbraucher angezeigt habe, wird zu meinen Anzeigen nicht ermittelt, satt dessen wird absurde Anzeige gegen mich erstattet und weitergehend perfid, schikanierend, faschistisch, absurd ein Strafbefehl gegen mich erlassen; es wird einfach Staatsgewalten vergewaltigend die Angelegenheit umgedreht. Das ist Faschismus, das ist einfach pervers: Es passt denen nicht, dass ich mich nicht dazu zwingen lasse zu schweigen, nicht die Wahrheit zu sagen. Die Anhörung wurde nebenbei bemerkt bis heute übrigens nicht nachgeholt; es wird ganz einfach weiter ignorierend und ganz einfach weiter steigernd kriminell gegen mich vorgegangen, weil die ja alles vergewaltigen können: deren Dokumente und damit alles in der Hand haben - das ist das was hier gegen mich geschieht: vollständige Entrechtung, somit Faschismus.

Die wännen 'Übermenschen' mit mehr Rechten zu sein, darum gehen die so vor.
Die wollen Bewusstsein nicht haben, darum versuchen sie dieses zu unterschlagen.

Die wollen die Wahrheit nicht hören, darum ignorieren sie diese.
Die wollen Fakten nicht sehen, darum verdrehen sie diese.
Die wollen sich bevorteilende Verbrechen begehen, darum vergewaltigen die Justiz.
Die wollen nicht erkannt werden, darum verstecken die sich.

Das Geschäftsunternehmen Justiz hat im Westen mit Gerechtigkeit nichts zu tun; auch Justiz wird als Waffe der Imperialisten gegen das Volk eingesetzt. Demokratie wird von denen als deren größter Feind betrachtet.

Weil es sich um zwei ernsthafte Unterdrückungen zweier Grundrechte, sowie durch Ermittlungsuntätigkeit zu mehreren schwerwiegenden Delikten durch Justiz vergewaltigendes Amts-missbrauchendes Personal handelt ist dies eine besonders schwerwiegenden Angelegenheit. Es wird versucht das Volk einzuschüchtern: „*Strafe einen für seine Offenbarung unserer selbst-entlarvenden Justizkriminalität - schüchtere damit das Volk ein.*“ Immer mehr solcher kriminell erlassene Strafbefehle werden eingesetzt, weil immer mehr Menschen sich gegen diese immer krimineller werdende Politik widersetzen, da bin ich natürlich kein Einzelfall und das wird immer offensichtlicher.

Dass diese Angelegenheit nicht ungefährlich ist, das ist klar, kann mich aber nicht irritieren, denn ich habe ein reines Gewissen, ich brauche nicht zu lügen und keine Angst vor dem Tod zu haben, mein Leben wird von solchen Verbrechern bereits seit 21 Jahren zerstört, seit dem polizeilichen Mord an Arno in Holland wie du weißt; lügen tun die, die etwas verbrochen haben, ein schlechtes Gewissen und deshalb Angst haben; deren Teufelskreislauf, den die nur verlassen können, wenn sie damit aufhören. Ich kann keinen Unterschied darin sehen einen Mord anzuzeigen den Polizei begangen hat oder einen Mord anzuzeigen den nicht Polizei begangen hat, das ist für mich dasselbe, da ziehe ich keinen Unterschied. Die ganze Geschichte davor kennt unter anderem also dieser Bekannte auch und wie bekannt habe ich das alles seit vorigem Jahr, seit mir das Grundrecht auf mündliche Anhörung vorsätzlich unterschlagen wurde im Internet veröffentlicht, weil jetzt reicht es endgültig. Behördenangestellte sind das Personal des Volkes, das muss man sich immer vergegenwärtigen. Das Volk stellt diesem Personal die entscheidenden und verwaltenden Posten zur Verfügung im Vertrauen darauf, dass das Personal diese gut bezahlten Posten für das Volk und nicht gegen das Volk demokratisch und nicht faschistisch einsetzen und wenn dieses Personal diese Posten vergewaltigt, dann gehört es ausgetauscht damit der Staat nicht verkommt und dazu ist es unerlässlich so vorzugehen wie ich das tue: die Selbstentlarvung der vorsätzlich Behörde vergewaltigenden kriminell vorgehenden Amtsmissbraucher zu offenbaren, natürlich ist das im öffentlichen Interesse.'

Das alles habe ich dem Bekannten natürlich so gesagt, jawoll! Selbstverständlich von selbst redend - und das werde ich natürlich weiterhin jedem anderen Menschen ganz genau so berichten und vermitteln, nämlich ganz genau so wie es sich zugetragen hat; es existiert nämlich natürlich kein Grund das nicht so zu tun; die in mir durch diese falsche Politik erzeugte Meinung kann auch nicht wandeln solange diese falsche Politik nicht gewandelt wird.

Ich möchte noch eine Frage stellen: Wie viele Zeugen würde diese so genannte Sachbearbeiterin haben wollen, die alle meine Angaben hinsichtlich Hunde/meines Hundes und meiner Einstellung und meiner Verhaltensweisen (somit auch meines Konsums) dazu bestätigen? Ich kann problemlos schriftliche Bestätigungen von mindestens zehn Menschen dazu einreichen, einige davon sind angesehene Nachbarn aus der Straße, einige davon Hausbesitzer, eine ist eine Hundeschule betreibende Hunde-Ausbilderin, in deren Hundeschule ich mit der Hündin mit dem besonders schönen (russischen) Namen Laika den Namen gab ich ihr, weil die russische Föderation nicht imperialistisch vorgeht und sich im Gegensatz zu den tiefen westlichen Staaten und im Gegensatz zum tiefen Staat Israels an die Grundlagen der UNO, an das Völkerrecht hält) regelmäßig 16 mal war. Ob das reichen würde ihre umfangreich betrügerische Stimme aufheben zu können? Wie viel wahre Stimmen aus dem Volk würden den bislang versuchten Betrug dieser so genannten Sachbearbeiterin überwiegen können, 100, 1000, 100000? Das würde vermutlich von dieser mit 'Über-Rechten' ausgestatteten (Behörde vergewaltigenden, Amts-missbrauchenden, schikanieren wollenden) so genannten Sachbearbeiterin aber dann als für das Verwaltungsgericht' irrelevant vorgestellt werden?

Wieso versucht diese sogenannte Sachbearbeiterin diese umfangreich offensichtlich Demokratie vernichten wollende Farce mit zusätzlicher und erweiternder Absurdität nun weiter zu treiben - oder anders ausgedrückt: warum wurde das noch immer nicht ganz einfach beendet?! Weil diese so genannte mit 'Über-Rechten' ausgestattete (Behörde vergewaltigende, Amts-missbrauchend vorgehende) Sachbearbeiterin der Meinung ist, dass ihr bislang versuchter Betrug von der das Verwaltungsgericht Düsseldorf vertretenden und mich bereits kennenden Richterin Lowinski-Richter gedeckt werden wird, die vor einigen Jahren schon einmal in einer ersten Instanz in einer anderen Sache inkorrekt gegen mich entschieden hatte - weshalb diese möglicherweise erneut eingesetzt wurde - in der ich allerdings nicht die zweite Instanz anrief, worauf ich dieses mal allerdings nicht verzichten werde, weil ich mir vorgenommen habe mich lieber auf 50 Kg herab hungern zu müssen, damit hab ich noch genug Kräfte den Hund nach wie vor sicher führen zu können und damit Geld übrig zu haben, als dieses Mal die für diese zweite Instanz geforderten Kosten nicht aufzubringen; dem Hund wird es dann besser gehen als mir, denn den Hund werde ich wegen dieser unmenschlichen

faschistischen Farce nicht hungern lassen, den hab ich ausgemergelt bekommen, aber bei mir hat der nie hungern müssen, (auch das kann ich nachweisen):

Das ist der folgerichtige Schluss meiner am 19. April 17 im Internet veröffentlichten Demokratie verteidigenden alles sagenden Email vom 19. April 17 gegen Perfidie, Schikane, Faschismus, Demokratievernichtung, Absurdität an diese so genannte Sachbearbeiterin, die hier versucht, die Erweiterung des imperialistisch euro-politischen Faschismus zu unterstützen, möglicherweise ohne das gewusst zu haben - 'Unwissenheit schützt vor Strafe nicht' wurde mal zu mir gesagt; das gilt allerdings auch in den 'Ebenen', was diese so genannte Sachbearbeiterin noch nicht weiß, aber lernen wird - weil ihr Intellekt dazu nicht ausreichend ausgebildet war, jetzt durch meine umfangreicheren Schriftsätze jedoch sehr wohl ausreichend ausgebildet ist, weshalb ich die vor der Zustellung dieser umfangreicheren Schriftsätze erstattete absurde Anzeige der so genannten Sachbearbeiterin und die Mitteilung darüber an das Verwaltungsgericht Düsseldorf als bloße mich denunzieren wollende Schutzbehauptung der sich so aus der Affäre zu ziehen versuchenden so genannten Sachbearbeiterin zu betrachten vermag, wenn diese Farce nun endlich ein Ende nimmt, denn die Polizei scheint offensichtlich dazu angewiesen zu sein, ihre - aus Sicht der sich selbst so wählenden 'Über'-Menschen äußerst dumme, nämlich Klassen-intern verratende und somit die selbsternannten „Über-Menschen“ gefährdende Anzeige - nicht zu bearbeiten, weil ich mich ja entsprechend dazu äußern müsste und würde, was die so genannte Sachbearbeiterin mit dieser absurden Anzeige gegen mich eingeleitet hatte..., weshalb ich die per Fax gestellte Frage - ebenfalls mit dem Schreiben vom Verwaltungsgericht Düsseldorf vom 29. Mai 17 mir mitgesendet - der Richterin Lowinski-Richter an den Oberbürgermeister der Stadt Solingen also als versuchte Drohung auffassen kann, ob ich den Untersuchungstermin am 26. April 17 wahrgenommen hätte, den ich natürlich gut begründet abgelehnt hatte, was auch aus meiner ersten Schrift, des Ordnungsverfugungsaufhebungs- und Klageantrags an das Verwaltungsgericht Düsseldorf bereits hervorgeht, weshalb diese Frage an den Oberbürgermeister der Stadt Solingen irritieren wollend erscheint, ist sie doch bereits geklärt, denn das geht bereits aus allen dem Verwaltungsgericht Düsseldorf vorliegenden Dokumenten hervor, was mit anderen Worten im Klartext bedeutet, dass die Richterin Lowinski-Richter (soll Ihre Nennung in der Betreffzeile „**Klingen**“stadt Solingen zur Einschüchterung beitragen, psychologisch-strategisch?) nun so tun könnte als würde sie sich durch die dazu gegen mich erstattete absurde Anzeige der so genannte Sachbearbeiterin gegen mich dazu genötigt sehen die Polizei nötigend einzusetzen, weil gehofft wird, dass entweder ich oder zumindest mein Hund erschossen werden würde (Verhaftung einzuleiten, die dann zudem so getürkt wird, dass entweder ich oder mein Hund oder beide erschossen werden würden); ich weise dabei erstens darauf hin, dass die Polizei und weitere deutsche Behördenpersonen aus allen Ebenen belastende in Bedrängnis bringende Anzeige der sogenannten Sachbearbeiterin gegen mich von der Polizei scheinbar nicht bearbeitet werden will/politisch angewiesen nicht bearbeitet werden soll (sollte – inzwischen sind fünf Wochen seit Erstattung dieser absurden Anzeige gegen mich vergangen ohne dass die Polizei mich dazu anschrieb, es bestehen also offensichtlich Schwierigkeiten - ich dazu von der Polizei angeschrieben werden, werde ich wie gesagt entsprechend zu allem aussagen und Anzeigen erstatten und das dann in Kopie auch dem Verwaltungsgericht Düsseldorf zur Verfügung stellen) und weise wiederholt erneut und nun zum dritten Mal darauf hin, dass diese so genannte Sachbearbeiterin ihre vorsätzlich Behörde vergewaltigend Amt-missbrauchend erlassene Ordnungsverfugung noch immer zurück ziehen kann und weise zudem auch zum dritten Mal auf folgendes hin, insbesondere auch auf Absatz 6, Satz (5) '§44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes':

'Ich berufe mich insbesondere auch auf Artikle 20 GG (Widerstandsleistung gegen die Vernichtung der Demokratie), auf §226 BGB (Schikaneverbot) und beanspruche Nichtigkeit des Verwaltungsaktes der eindeutig vorsätzlich einseitig und somit eindeutig vorsätzlich täuschend verfassten und somit unzulässig erlassenen fälschenden Ordnungsverfugung = vorsätzliche Falschbeurkundung gegen mich (wobei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen wird, dass politisch angewiesene Mittäter, mittelbare Täter darin involviert sind), weil

(1) Ein Verwaltungsakt ist nichtig, soweit er an einem besonders schwerwiegenden Fehler leidet und dies bei verständiger Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände offensichtlich ist. (Anm.: das ist ganz unmissverständlich offensichtlich mehrfach der Fall durch Ihre belegt vorsätzlich Informationen zurückhaltende, nur nach und Informationen herausgebende Vorgangsweise, sowie durch Ihre vorsätzlich vollkommen einseitig verfasste, somit absolutistisch täuschend verfasste Falschbeurkundung)

(2) Ohne Rücksicht auf das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 ist ein Verwaltungsakt nichtig,

5. der die Begehung einer rechtswidrigen Tat verlangt, die einen Straf- oder Bußgeldtatbestand verwirklicht; (Anm.:es handelt sich um eine vorsätzliche Falschbeurkundung)

6. der gegen die guten Sitten verstößt. (Anm.: trifft unzweifelhaft zu)

(5) Die Behörde kann die Nichtigkeit jederzeit von Amts wegen feststellen; auf Antrag ist sie festzustellen, wenn der Antragsteller hieran ein berechtigtes Interesse hat. (Anm.: unzweifelhaft der Fall)

§ 44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes'

Hinzufügende Anmerkungen: Es handelt sich mit der Anzeige der so genannten Sachbearbeiterin um eine für jeden Menschen ersichtlich absurde Anzeige gegen mich, somit um eine missbräuchlich erstattete Anzeige gegen mich, weil von der so genannten Sachbearbeiterin berechnend davon ausgegangen wird, dass eine Krähe der anderen kein Auge aus hackt, die zweitens somit auch als bloße Schutzbehauptung, nämlich wegen ihrer absolutistisch einseitigen und somit vorsätzlich täuschenden Vorgangsweise und Lügen zu betrachten ist.

Ich darf darauf aufmerksam machen, dass ich von der so genannten Sachbearbeiterin bereits vor meiner Email vom 19. April 17 forderte ihre unangebrachte Forderung zur Untersuchung zurück zu ziehen und schon vorher darauf hinwies, dass ich '§ 44 Nichtigkeit des Verwaltungsaktes' beanspruchend geltend machte: Ich wäre damit zufrieden gewesen und hätte dann - *in dieser Sache* - nichts veröffentlicht. Diese sich über-mächtig wählende Behörde vergewaltigende, Amtsmissbrauchende Person ließ aufgrund ihres hartnäckigen notorischen Unwillens zur Einsicht somit keine andere Wahl als die Veröffentlichung im Internet wegen des bestehenden öffentlichen Interesse, mit welchem sie selbst ja argumentiert - dabei allerdings heimtückisch stark täuschend und damit das Volk missbrauchen wollend vorgehend.

Wegen des öffentlichen Interesse wurde diese Stellungnahme an das Verwaltungsgericht Düsseldorf im Internet veröffentlicht.

Anlagen:

Kopie zum Verwaltungsgericht per Email gesendete vollständige Verteidigung-Email von mir vom 19. April 17 an die so genannte Sachbearbeiterin des Veterinäramt Solingen (als PDF-Datei)

Kopie zum Verwaltungsgericht per Email gesendet des Anhangs meiner Email vom 19. April 17 an die so genannte Sachbearbeiterin des Veterinäramt Solingen (als PDF-Datei), der Anhang ist eine meiner sechs von der Polizei ignorierten Anzeigen und eine vom Amtsgericht Wuppertal ignorierten Aussage

Andreas Johannes Albertus Berchtold